

**Benedikt Wolbeck**  
Leiter Kommunikation

SPECTARIS. Deutscher Industrieverband  
für optische, medizinische und  
mechatronische Technologien e.V.

Werderscher Markt 15  
D-10117 Berlin

Fon +49 (0) 30 41 40 21-66  
Fax +49 (0) 30 41 40 21-33

www.spectaris.de  
wolbeck@spectaris.de

Presseinformation, Berlin, 16.8.2019

## **Deutsche Unternehmen können zu Verlierern im US-chinesischen Handelsstreit werden Übergangszeit für Geschäfte mit Huawei läuft am 19. August ab / Branche fordert Klarheit und Rechtssicherheit von der US-Administration**

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China geht an der deutschen Hightech-Industrie nicht spurlos vorbei. Mehr noch: „In dieser Auseinandersetzung könnten unsere Unternehmen zu Verlierern werden“, sagt Jörg Mayer, Geschäftsführer des Industrieverbandes SPECTARIS. Der Grund: Immer mehr chinesische Technologieunternehmen, Universitäten und Forschungsinstitute landen auf der so genannten „US-Entity-Liste“, da die Aktivitäten der betreffenden Unternehmen laut der US-Regierung sowohl den nationalen Sicherheitsinteressen als auch den außenpolitischen Interessen der USA entgegenstehen. Vorläufiger Höhepunkt war die Listung von Huawei Technologies Co. Ltd sowie weiterer 68 mit Huawei verbundenen Unternehmen aus 26 Ländern im Mai 2019. In der Konsequenz unterliegen Ausfuhrgenehmigungen für Lieferungen von Gütern mit US-Ursprung an Huawei zukünftig einem Genehmigungsverbot. Verstöße gegen die Bestimmungen der US Export Administration Regulations können sowohl mit Verwaltungsstrafen als auch mit strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden.

Das große Problem ist: Die Listung trifft auch Lieferanten außerhalb der USA, wenn diese Güter mit US-Ursprung oder US-Komponenten verbaut haben und an die betroffenen chinesischen Unternehmen auf der US-Entity-Liste liefern. „Damit werden automatisch auch deutsche Hightech-Lieferanten in den Handelsstreit hineingezogen“, erklärt Mayer. Die 90-tägige Übergangszeit, in der US-Unternehmen Zeit hatten, ihre Geschäftstätigkeit mit Huawei zu beenden, läuft am 19. August 2019 ab. Auch die deutschen Lieferanten müssen eine Alternative für die US-Komponenten in ihren Produkten finden, da viele ihrer US-Zulieferer die für den Endkunden Huawei bestimmten Lieferungen umgehend einstellt haben und diese Komponenten zukünftig nicht mehr verbaut werden können, ohne einen Schaden für ihre US-Zulieferer zu verursachen. Doch das ist nicht so einfach. Denn: „Das Ersetzen einzelner Komponenten gerade in den hoch spezialisierten Anwendungsfeldern, in denen die Produkte unserer Mitgliedsunternehmen zum Einsatz kommen, ist schwierig. US-Unternehmen sind häufig die führenden Anbieter, die als Zulieferer sowohl qualitativ als auch preislich attraktiver sind“, so Mayer.

Die Herstellung „US-freier“ Produkte wird laut SPECTARIS langfristig zu höheren Endpreisen für die betroffenen chinesischen Kunden führen. Unklar ist, ob Unternehmen wie Huawei diese zu zahlen bereit sind. Mayer: „Ankündigungen von Präsident Trump, US-amerikanischen Unternehmen die Lieferung ihrer Produkte an Huawei und so auch an deutsche Huawei-Lieferanten wieder zu erlauben, sofern diese kein nationales Sicherheitsrisiko für die USA darstellen, wurden bisher nicht konkretisiert. Wenn die US-Behörden zukünftig keine Ausfuhrgenehmigungen für unkritische Güter ausstellen, gehen einige unserer betroffenen Mitgliedsunternehmen durch die Listung von Huawei von Umsatzeinbußen von bis zu 25 Prozent aus.“

Auch die US-amerikanischen Zulieferer und die dortige IT-Branche spüren bereits erste Auswirkungen. Als einer der größten Smartphone-Anbieter ist Huawei wichtiger Kunde der US-amerikanischen Chiphersteller und Softwareunternehmen. Viele US-Zulieferer haben seit der Listung von Huawei an Aktienwert verloren. Laut einer Erhebung des Finanzunternehmens Goldman Sachs kann die Listung von Huawei bei US-amerikanischen Zulieferern zu niedrigen, aber doch spürbaren Umsatzeinbußen führen.

Im Unterschied zu Mobilfunkdiensten, die die Technologien von Huawei anwenden, agieren SPECTARIS-Mitgliedsunternehmen als Zulieferer. Die Produkte werden dabei sowohl in Huawei-Geräte eingebaut, als auch in der Produktion verwendet. Sie werden beispielsweise in verschiedenen Anwendungen im Bereich der Optik, Elektronik, Mechanik, optischen Messtechnik, Photonik und im Qualitätsmanagement eingesetzt.

„Die Unklarheit darüber, was erlaubt und ist was nicht, führt zu starken Verunsicherungen in der Branche. So ist nicht deutlich, ob derzeit nicht gelistete Huawei-Gesellschaften beliefert werden dürfen. Konkrete Vorgaben der US-Administration fehlen“, beklagt Mayer. „Seitens China sind ebenfalls Gegenmaßnahmen wie die Einführung eines nationalen Exportkontrollgesetzes mit extraterritorialem Anwendungsbereich möglich. Dies alles geschieht zu Lasten der Geschäftstätigkeit von deutschen, europäischen und US-amerikanischen Unternehmen und zeigt deutlich, dass politisch motivierte Handelsbeschränkungen allen Wirtschaftsbeteiligten schaden.“

Die Volksrepublik China ist für die hauptsächlich von den US-Listungen betroffene Photonik-Branche mit Exporten in Höhe von 4,1 Milliarden Euro 2018 der zweitwichtigste Exportmarkt nach den USA. Im Vergleich zu 2017 stiegen die Exporte der deutschen Photonik-Industrie nach China um 10,2 Prozent. Chinesische Hightech-Unternehmen sind dabei wichtige Abnehmer der Hightech-Produkte „Made in Germany“. Die USA spielen auch als Zulieferer optischer Komponenten eine wichtige Rolle für deutsche Hightech-Unternehmen. 2018 wurden Waren im Wert von 3,2 Milliarden Euro aus den USA bezogen. Dies umfasste neben Komponenten auch Geräte und Systeme. Damit sind die USA nach China der zweitwichtigste Bezugsmarkt für deutsche Hightech-Unternehmen aus dem Bereich Photonik.

SPECTARIS ist der deutsche Industrieverband für optische, medizinische und mechatronische Technologien mit Sitz in Berlin. Der Verband vertritt 400 überwiegend mittelständisch geprägte deutsche Hightech-Unternehmen. Die Branchen Consumer Optics, Photonik, Medizintechnik sowie Analysen-, Bio- und Laborgeräte erzielten im Jahr 2018 einen Gesamtumsatz von knapp 72 Milliarden Euro und beschäftigten rund 316.000 Menschen.